

Offener Brief des DNSV e.V. an die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 13. Dezember 2011

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel!

Mit diesem Brief reagiert das Deutsche Netzwerk Schulverpflegung e.V. auf die Öffentliche Anhörung zum Thema „Schulverpflegung“, die am 30. November 2011 im Rahmen der 55. Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages stattfand. Der Vorsitzende des DNSV war als Sachverständiger geladen.

In der Anhörung der geladenen Sachverständigen und in Beantwortung der von den Bundestagsfraktionen gestellten 24 Fragen, kam man zu dem einhelligen Ergebnis, dass es an der Zeit ist, dass die Schulverpflegung in Deutschland klarer Zuständigkeiten und rechtlicher Vorgaben bedürfe und deshalb jetzt politische Lösungen gefordert sind. Die gesunde Ernährung von Kindern werde aller Orten thematisiert, es bleibe aber häufig bei Lippenbekenntnissen. Die Schulverpflegung muss selbstverständlicher Bildungs- und Praxisinhalt an den Schulen werden. Nutznießer gesunder Ernährung sind dabei unter anderem Krankenversicherungen, öffentliche Haushalte und Sozialversicherer. Wir begrüßen als DNSV die politischen Forderungen der Bundestagsfraktionen, die anschließend u.a. in den folgenden Positionen formuliert wurden:

CDU/CSU: „Es müssen gemeinsame Mindeststandards bei der Schulverpflegung geschaffen werden und die Einführung eines Schulfachs Ernährung sollte eingehend geprüft werden. Deshalb nehme die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Thema Schulverpflegung sehr ernst“.

SPD: „Unserer Meinung nach muss ein ganzheitliches Konzept entwickelt werden, in dem auch der Schulalltag berücksichtigt wird. Die Schulverpflegung für alle muss Bestandteil des Schullebens werden. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, um diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu lösen.“

DIE LINKE: „Die Schulverpflegung ist ein Thema für Verbraucher-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Eine gemeinsame Anhörung der dazugehörigen Ausschüsse werde daher von den Sachverständigen favorisiert. Notwendig sei nun die praktische Umsetzung vor Ort durch ausgebildetes Fachpersonal und die langfristige Finanzierung von Kommunen, Ländern und dem Bund gemeinsam.“

Bündnis90/Die Grünen: „Die Fachleute hätten deutlich gemacht, dass ein flächendeckender Ausbau nur mit Hilfe von Bundesgeldern gelingen kann. Die Investition lohne sich, denn der Bundeshaushalt

sei mit jährlich 70 Milliarden Euro für ernährungsbedingte Erkrankungen belastet. Das ‚Bildungspaket‘ von Frau von der Leyen ist nach Ansicht der Fachleute gescheitert.“

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel!

Im Namen unserer Netzwerkmitglieder suchen wir den Dialog mit der Bunderegierung und fordern Sie auf der Basis der geführten Diskussionen, dass die Ergebnisse nun in praktische Politik überführt werden. Dies sollte mit der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Schulessen beginnen.

Das DNSV fordert die Abschaffung der 19% Besteuerung der Schulverpflegung: Das Gebot lautet als erster Schritt 7%! „Pro 7%! Auf Schulessen“.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass Schulessen mit 19 Prozent besteuert wird, während z.B., die Fast-food-Verköstigung und Hundefutter lediglich mit sieben Prozent Mehrwertsteuer zu Buche schlagen. Dem sollte die generelle Steuerbefreiung für Schulessen folgen, denn warum muss der Staat denn überhaupt Steuern für diese wichtige Dienstleistung an unseren Kindern erheben.

Wir fordern die Schaffung einer Bundesstiftung Schulverpflegung (BSSV) und die Verabschiedung eines Bundesrahmengesetzes Schulverpflegung (BRGSV). Wir fordern, dass das Schulessen in die Schulgesetze aller Bundesländer aufgenommen wird und Vorgaben für seine Umsetzung formuliert werden!

Ernährung ist ein Querschnittsthema und betrifft alle schulischen Bereiche, deshalb verlangt eine effektive und moderne Ernährungsbildung und -erziehung eine einheitliche Struktur, d. h. die Einbindung in das pädagogische Gesamtkonzept und eine professionelle Organisation. Die Schule gilt als geeigneter Ort, wo Kindern gesunde Ernährung und gesunde Lebensweise vermittelt werden kann, hier greift eine gesellschaftliche Gesamtverantwortung: Kinder sind nicht nur die Tischgäste der Gastronomie von Morgen. Dies verlangt in die Ausbildung der Lehrer einzugreifen, in die Curricula der Lehrerausbildung, es ist eine Pflicht ein Ausbildungsfach Ernährung/Kochen einzubinden. Hier muss neben der Theorie vor allem auch eine praktische Ausbildung erfolgen. Lehrer sind Multiplikatoren für Ernährung an den Schulen, bzw. müssen dazu befähigt werden. Die Schule hat einen Bildungs- und Erziehungsauftrag vor allem auch und gerade in Sachen Ernährung. Die Schulverpflegung ist das Herzstück der Schule, d. h. die Schulverpflegung muss ins pädagogische Schulprofil integriert sein.

Wir fordern, dass in die Curricula aller Lehramtsstudierenden ein Fach Ernährungserziehung – auch unter Einbeziehung des Lernortes Schulgarten – eingeführt wird!

Ernährungsbedingte Krankheiten sind nicht nur genetisch bestimmt, sondern hängen auch wesentlich vom Verhalten ab. Die Ergebnisse von Studien zeigen, dass Bildung und Einkommen der Eltern einen hohen Einfluss sowohl auf die Qualität der Ernährung als auch auf das Körpergewicht der Kinder haben. Aus diesem Grund sollte ein Ernährungsunterricht in den Lehrplan aufgenommen werden, da so die Kinder aus allen sozio-ökonomischen Schichten erreicht werden können.

Wir fordern die Einführung eines Unterrichtsfaches Ernährung/Kochen für alle Schüler der Klassen 1 – 6.!

Trotz aller Anstrengungen der Fachkräfte ist ein nachhaltiger Erfolg der deutschen Schulverpflegung noch nicht erkennbar. Ein komplett anderes Herangehen an das Thema erscheint daher dringend geboten. Das Hauptziel eines neuen Ansatzes muss darin bestehen, konsequent die Professionalisie-

rung zu fördern. Dies bezieht sich auf alle Bereiche der Schulverpflegung und keineswegs nur auf die Zubereitung der Speisen oder deren Handling in den Schulen. Die Dienstleister/Anbieter/Produzenten von Schulessen müssen sich einer Überprüfung unterziehen, um ihre Qualifikation zu beweisen. Eine preiswerte und umfassende Zertifizierung muss gesetzlich vorgeschrieben werden.

Wir fordern, dass aus den Richtlinien der DGE klare gesetzliche Vorgaben mit entsprechenden zertifizierbaren und damit kontrollierbaren Ausführungsbestimmungen werden!

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Wir wünschen uns den Dialog mit der Regierung zum Wohle unserer Kinder und hoffen, dass nach nun mehr zehn Jahren Diskussion endlich strukturelle Veränderungen erfolgen. Wir wollen mit diesem Brief an Sie, eine Vernetzung der Akteure und Zielgruppen weiter voranzubringen, dass es noch zahlreiche Defizite gibt, hat die Öffentliche Anhörung zum Thema Schulverpflegung sehr deutlich gemacht.

Es grüßt Sie ganz herzlich

Dr. Michael Polster

Vorsitzender des Deutschen Netzwerkes Schulverpflegung e.V.